

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inland. Ausland 3,50 Mk. Die Postgebühren sind zu zahlen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abnehmer zu jeder Zeit werden angenommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Weiterleitung der Zeitung oder Klage des Bezugsnehmers. — Klage über eingetragene Schriftstücke erfolgt nur, wenn Posto. beiliegend.

Wagengeld: Die gewöhnliche Raumzeitung 20 Pfennig, die 4 gefaltete Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pfennig, die 2 gefaltete Seitenzahl im täglichen Teile 100 Pfennig. Nachzahlungsgeld für 20 Bogen 20 Pfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Klagen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 158. — 84. Jahrgang. Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Bohlfed: Dresden 2640 Freitag, den 10. Juli 1925

Wolken über England.

Auch in Indien hat England Schwierigkeiten, und wenn man auf den Ursprung aller der Sorgen und Nöte, die England nicht nur in der Welt, sondern auch in seinen Kolonien hat, wirklich zurückgeht, so ist überall der Weltkrieg der Vater dieser Dinge. Die englische Herrschaft in Indien war gegründet auf der unbedingten Herrschaftstellung der weißen Rasse, war aber auch gegründet auf dem Nimbus unbeschränkter englischer Welt Herrschaft. Nun haben die Zehntausende von Indiern, die während des Krieges nach Europa als Soldaten hinübertransportiert wurden, oft genug englische Niederlagen gesehen, haben auch schließlich, wie farbige Befehlstruppen über eine weiße Rasse herrschten. Vor allem aber ist es das gerade von der Entente und in ihr wieder besonders von England proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker; gerade indische Truppen haben vor den Toren Indiens für die Befreiung der Länder Arabiens und Mesopotamiens von der fremdwilligen türkischen Herrschaft kämpfen müssen. Da erhielt die in den fünfziger Jahren in Blut und Feuer erstickte indische Selbstständigkeitsbewegung neuen Auftrieb.

Im Jahre 1916 wurde Lord Chelmsford Vizekönig von Indien. Und der damalige Staatssekretär für Indien war Lord Montagu. Bieweil es zu Explosionen der nationalen indischen Bewegung damals kam, blieb stets im verborgenen dank der geradezu genialen Regierungsmethoden, die England für die Niederhaltung Indiens ausgebildet hatte. Aber ohne Veranlassung ist es nicht geschehen, daß der Staatssekretär ebenso wie der Vizekönig 1917 einen Reformplan ausarbeiteten und darin den Wünschen der Indier wenigstens etwas entgegenkamen. Dieser Reformplan ist vom englischen Parlament gebilligt worden und gelangte 1921 zur Einführung. Denn es damals auch gelang, gewisse indische Kreise nun englandfreundlicher zu stimmen, so witterten die radikalen nationalen Kreise Morgenluft. Ihr Führer wurde der bekannte indische Rechtsanwalt Gandhi, ein Mann, der in England die Rechte studiert hatte und fast 20 Jahre hindurch in Südafrika für die Rechte der indischen Eingewanderten eingetreten war. Seit 1920 beginnt nun die sogenannte „Non-Cooperation-Bewegung“ immer weitere Kreise zu ziehen, was, der englischen Regierungsmethode entsprechend, schließlich zu einer Verurteilung Gandhis im März 1922 zu 6 Jahren Zuchthaus führte. Gandhi will die Selbstregierung erzwingen dadurch, daß sich die Indier jeder Beteiligung an englischen Regierungseinstellungen enthalten und vor allem in einem schärfen Boykott englischer Waren eintreten sollen, um die indische Heimindustrie, besonders die Baumwollspinnerei, zu fördern. Die Agitation Gandhis hat nach der wirtschaftlichen Seite außerordentlich großen Erfolg gehabt; die indische Textilindustrie ist so weit gediehen, daß die englische Konkurrenz so gut wie ganz ausgeschaltet ist, während sie früher einen sehr großen Teil ihrer Produkte absetzen konnte. Das für England Bedrohliche ist bei dieser Arbeit Gandhis, daß mit ihm zusammen auch die Mohammedaner in der sogenannten Kaifatsbewegung arbeiten und damit der arabischen Welt Indus und Mohammedanern, der eine wesentliche Grundlage der englischen Herrschaft in Indien ist, zum guten Teil aufgehört zu haben scheint.

Man hat Gandhi aus dem Zuchthaus wieder entlassen, und er hat seine Agitation fortgesetzt. Aber man hat auch gewisse Bestimmungen der Montagu-Chelmsford-Versaffung wieder außer Kraft gesetzt. Nun hat der jetzige Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, im Oberhaus ausgesprochen, daß man an eine neue Verwaltungsreform herangehen wolle. Zusammenarbeitet mit den politischen Führern der gemäßigten indischen Parteien ist dafür die Voraussetzung. England hat es aber nicht eilig damit. Zunächst soll eine königliche Kommission zur Revision der Reformen von 1921 eingesetzt werden, deren Beschlüsse vielleicht zu einer weitgehenden Dezentralisation in der indischen Verwaltung führen werden.

Lord Birkenhead gibt aber melancholisch an, daß der nationalindische Geist in Indien Großbritannien außerordentliche Schwierigkeiten gemacht habe, und stellt noch melancholischer fest, daß er zwar eine Atmosphäre des guten Willens zur Zusammenarbeit schaffen wolle, daß England aber in absehbarer Zeit gar nicht daran denken könne, Indien eine völlige Selbstverwaltung zu geben. Schon das Reformexperiment von 1919 sei außerordentlich läßt gewesen; er müsse es ablehnen, sich durch Drohungen und Gewalttaten zu einer Beschleunigung der Verwaltungs- und Verfassungsreform in Indien zwingen zu lassen. Ob gerade sein Appell an die Völker Indiens, Schutter an Schutter mit Großbritannien erfolgreich und harmonisch zusammenzuarbeiten, viel Erfolg haben wird, ist mehr als zweifelhaft, da die Indier nicht der englischen Aufsicht sind, Großbritannien wolle den Osten ausbeuten. Gerade diesen Vorwurf erhebt man ja seit Jahrzehnten gegen England, daß es besonders Indien in unerhörtester Weise ausbeute, Millionen von Indiern verhungern lasse, nur um Millionen von Pfund Sterling aus diesem reichen Lande zu ziehen.

Die Außendebatte verschoben.

Der Reichsanstler zur Sicherheitspatnote.

Berlin, 8. Juli. Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages trat heute zu einer außerordentlich kurzbesetzten Sitzung zusammen. Vom Reichskabinett waren mit dem Reichsanstler Dr. Luther Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Schiele und Reichswehrminister Gessler erschienen, ferner zahlreiche Vertreter der Länder. Die Ausschuhmitglieder selbst hatten sich fast vollständig eingefunden, auch der Reichspräsident Ebert wohnte den Verhandlungen bei. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine ausgedehnte Erörterung über die Frage einer politischen Debatte im Reichstagsplenum statt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Hergt, machte Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Müller-Franken (Soz.), worin unter Hinweis auf die Vorgänge im Plenum am Schluß der letzten Woche der Wunsch ausgedrückt wird, die Frage zu klären, ob eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages stattfinden solle.

Bedenken des Reichsanstlers.

Reichsanstler Dr. Luther erklärte hierzu: Die Regierung beabsichtigt, vor Absendung der Antwortnote auf die französische Note mit dem Auswärtigen Ausschuh in nochmalige Fühlung zu treten. Dies soll erfolgen, sobald ein Text für die Antwortnote in der Regierung selbst durchberaten sei. Obgleich diese Note nach dem Stande der internationalen Erörterung des gesamten Problems noch nicht einen abschließenden Charakter tragen werde, so können immerhin wesentliche Vorschläge darin bereits zur praktischen Entscheidung kommen. Die Regierung halte eine Erörterung im Plenum des Reichstages vor Absendung der Note nicht für zweckmäßig, halte dagegen an der Auffassung fest, daß nach der Absendung eine Erörterung im Plenum angezeigt sei. Bei einer Aussprache im Plenum vor der Absendung müsse die Reichsregierung berücksichtigen, daß dann im Laufe der Erörterung sich ein Eingehen auf die Einzelheiten der Note doch nicht vermeiden lasse, wodurch dann der diplomatische Brauch, beantragte Noten vor der Überreichung nicht bekanntzugeben, verletzt werden würde. Die auch der Regierung bei der Gesamtlage und bei der Bedeutung erwünschteste parlamentarische Mitwirkung sei ja durch die in Aussicht genommene Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuh gesichert.

Über die zwischen Vorgänge hat auch ein englischer Kabinettsrat stattgefunden, an dem auch Lord Reading, der indische Vizekönig, teilnahm. Dort mag man auch noch über mehr gesprochen haben als über die innerpolitischen indischen Verhältnisse: die Spannung zwischen England und Rußland hat sich in den letzten Tagen derartig zugespitzt, daß der russische Kommissar für das Auswärtige Schischkin bereits das Wort „Krieg“ in den Mund nahm. Schon wiederholt ist von Norden und Nordwesten her drohend die russische Welle über den Horizont Indiens heraufgestiegen. Und wenn sich der Bolschewismus Sowjetrußlands mit dem indischen Nationalismus verbindet, wenn die seit 150 Jahren getriebenen Völker Indiens sich aufrufen, dann können allerdings für Englands reichste Kolonie Schwierigkeiten entstehen, wie sie jetzt in China England mehr als vorübergehende Kopfschmerzen verursachen.

Die Auflösung des Landtages abgelehnt.

Dresden, 8. Juli. In der heutigen letzten Sitzung des Landtages vor seiner Vertagung wurde der Etat in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten genehmigt. Bedeutungslos waren hierbei die Ausführungen des Abg. Blüher (D. Vp.) über die Ursachen des im Staatshaushalt entstandenen Defizits von rund 40 Millionen Mark. Die Hauptsache liegt darin, daß an Reichssteueranteilen anstatt der vorgesehenen 116,5 Millionen Mark nur 89 100 000 Mark eingegangen seien, also 27 Millionen Mark weniger. Entweder müsse nun an Ausgaben gespart oder es müßten die Real- und Mietsteuern wesentlich gesteigert werden. Die Lage der Länder und ebenso der Gemeinden sei untragbar. Wenn nun noch der von der Reichsregierung geplante Gehaltswahl Annahme finden sollte, wodurch dem Reiche eine Finanzkontrolle über die Länder eingeräumt werden solle, dann würde das der europäischen Finanzkontrolle über die Türkei gleichen, ein Zustand, der geeignet sei, die Reichsfreudigkeit schwer zu beeinträchtigen. Finanzminister Dr. Reinhold Schil-

lert zum Schluß stellte der Vorsitzende Abg. Hergt fest, daß er entsprechend den Erklärungen des Herrn Reichsanstlers mit der Regierung im Benehmen bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Kabinetts über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage dahin gediehen sein würden, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses anzuberaumen.

Der Beschluß des Ältestenrats.

Auf die Erklärungen hin, die der Reichsanstler im Auswärtigen Ausschuh gemacht und in der darauffolgenden Sitzung des Ältestenrats des Reichstages wiederholt hat, beschloß der Ältestenrat, die außenpolitische Debatte zu verschieben bis nach Absendung der Note der Reichsregierung an die Entente. Weiter wurde beschlossen, daß die Aufwertungsborlagen am Freitag in zweiter Lesung zu beraten begonnen werden sollen und bis Mittwoch die dritte Lesung beendet sein soll.

Verhandlungen zwischen Reichskanzler u. den Vertretern der Regierungsparteien.

Berlin, 8. Juli. Gestern abend fanden nach der Vollendung des Reichstages Verhandlungen zwischen Reichskanzler Dr. Luther und den Vertretern der Regierungsparteien statt. Es kam dabei allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß eine Einigung über die Zollvorlage unter den Regierungsparteien möglichst bald erreicht werden möge, damit sie noch vor den Sommerferien zur Verabschiedung kommen könne.

Marokkanerabzug aus der Pfalz.

Karlsruhe, 9. Juli. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ meldet, rückt laut französischem Reichsstaatsbesehl vom 6. Juli die in der Pfalz in Garnison liegende marokkanische Division am 10. Juli nach Marokko ab. Die Familien der Offiziere und Mannschaften haben zum gleichen Tage die Pfalz zu verlassen.

Unruhen in Fez. — Die Bevölkerung Tazas flieht.

Madrid, 9. Juli. Telegramme aus Fez melden, daß der Stamm der Brando südlich von Taza sich Abd el Krim angeschlossen habe. Ebenso sind nördliche Stämme, die früher französisch waren, zum Feinde übergegangen. Die Bevölkerung Tazas flieht. Von Ad-el-Cober bis Fez herrscht unruhige Stimmung.

berte nochmals ausführlich sein Vorgehen im Reichshaushaltsausschuh des Reichstages. Er erklärte aber, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß das geplante Vorgehen des Reiches doch noch unterbleiben werde. Andernfalls müßten die Länder im Reichsrat Einspruch erheben, und dann wäre an eine Annahme des Gesetzes mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit nicht zu denken. Der Staatshaushalt wurde schließlich in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten genehmigt.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bilden die

Anträge auf Auflösung des Landtages.

Zunächst begründet Abg. Kerner den kommunistischen Antrag. Er bedauert, daß die Linksozialisten nicht den Mut aufgebracht hätten, ihren Antrag zuerst zu begründen; es habe sich seiner von ihnen zum Wort gemeldet, weshalb müsse er jetzt sprechen. Der Landtag entspreche nicht mehr den Wünschen der Wähler, deshalb müsse er aufgelöst werden. Abg. Katz (L. Soz.) erklärt, er lehne es ab, bei der Begründung des Antrags seiner Fraktion auf den Konflikt in der sächsischen SPD. einzugehen, weil das Sache der Partei sei. Seine Freunde brachten die Bitte der Kommunisten nicht mehr, denn die SPD. sei eine ganz belanglose Partei geworden. Der Landtag habe keine Daseinsberechtigung mehr, da er keine parlamentarische Mehrheit hinter sich habe, besonders seit der Parteidosstand von den 23 abgerückt sei. Redner behauptet, die Sozialdemokratische Partei stehe heute einseitiger als je da. Mit Hilfe der 23 sei überall die Reaktion auf dem Marsche. Die frühere monarchistische Regierung habe die Beamtenchaft besser geschützt als die gegenwärtige. (Hört! hört! rechts.) Die sächsische Regierung sei eine Stütze der reaktionären Reichsregierung. Die drei Parteien, die diese Regierung bilden, seien nicht in der Lage, den Interessen der breiten Bevölkerung zu dienen. Deshalb wollen wir, daß die Konsequenz gezogen wird, und das ist die Auflösung des Landtages.

Abg. Beutler (Dn.) erklärt, seine Partei werde dem Auflösungsantrage zustimmen. Widerlich sei es, daß die freitendliche Sozialdemokratie ihre schmutzige Wäsche hier im Plenum wäsche, anstatt dies in ihrem Fraktionszimmer abzumachen. Zweifelloß werde eine Auflösung des Landtages den Erfolg bringen, daß die kommunistische Partei etwas zusammenkommt und daß den übrigen Prominenten ihre Redezeit etwas